

## Es gilt das gesprochene Wort

**Rede zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2015**      **17.12.14**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren,

der Haushaltsplan einer jeden Körperschaft ist stets mehr als die Sammlung von Einnahme- und Ausgabeposten, sondern im Ergebnis zentraler Indikator für ihren Gesamtzustand und darüber hinaus Atlas für ihren Weg in die Zukunft. Für unsere Stadt Monheim am Rhein gilt dies in besonderem Maße. Der fast wundersam anmutende Weg, ja Tigersprung aus einem Haushaltssicherungskonzept in die Schuldenfreiheit mit Aufbau eines respektablen Vermögens hat nicht nur das Gesicht unserer Stadt verändert.

Darüber hinaus hat sich gewiss die Wahrnehmung unserer Stadt im Bewusstsein der Mitbürgerinnen und Mitbürger gewandelt. Dass uns auch die Außenwelt mit anderen Augen betrachtet, haben wir auf höchst unterschiedliche Weise auch erfahren dürfen. Auf den letzteren Fall komme ich später noch zurück.

Unsere Stadt ist im Begriffe, immer schöner zu werden. Die positive äußere Entwicklung in vielen Bereichen lässt sich nicht übersehen. Die weiteren unmittelbar mit der Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes einhergehenden Leistungen zugunsten der Lebensqualität wie Senkung der Grundsteuer B, Abschaffung von Kinderbetreuungskosten und weiteres mehr machen deutlich:

Monheim wird nicht nur schöner, es lebt sich hier auch leichter.

Die wir hier sitzen, wissen, dass dieser Erfolg viele Väter hat, so wie auch andere Entscheidungen der letzten Wahlperiode wie Sportstättenkonzept mit Bau der Siedlung Waldbeerenberg, der



Kompromiss zur Umgestaltung des Rheinbogens oder der Errichtungsbeschluss der Sekundarschule Ergebnisse von Absprachen mindestens zweier Fraktionen waren – im Interesse unserer Stadt.

Bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 haben die Wähler jedoch eine Bewertung der besonderen Art abgegeben. Das Wahlergebnis ist, wie es ist. Es war schmerzhaft und hat uns Sozialdemokraten hart getroffen, macht uns dennoch nicht mutlos und erst recht nicht sprachlos.

**Wir werden weiterhin konstruktive Arbeit im Interesse der Menschen in Monheim leisten.**

Das Wahlergebnis hat die Peto-Fraktion in die Lage versetzt, auf alle rechnerisch möglichen Posten zuzugreifen – mit der Ausnahme im Gestaltungsbeirat Altstadt, wie ich korrekt einräume -.

Selbst unter den vergangenen absoluten Mehrheiten unter Friebe, Kursawe und auch Dünchheim konnte im Aufsichtsrat städtischer Töchter ein Mitglied aus einer anderen Fraktion Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender werden.

**Aber wir wissen, dass absolute Mehrheiten nicht von Dauer sind.**

Wir Sozialdemokraten wie auch die CDU erinnern uns bestens. Insofern bin ich unbesorgt, was die weitere Zukunft betrifft, weil der Wähler den Umgang mit der Macht mit kritischem Blick beobachtet.

Als kleines, aber erhellendes Beispiel für den Umgang mit der Macht steht meines Erachtens die Angelegenheit mit dem neuen **Gänseliesel-Logo**.

Es gibt keinen Dissens in der Frage, dass Stadt und möglichst alle ihre Einrichtungen und Tochtergesellschaften im Sinne eines Corporate Designs durch ein einheitliches Logo repräsentiert werden sollten. Wir stimmen allerdings nicht überein in der Begründung für ein neues Logo. In dem Teil des Beschlussvorschlags für das neue Logo, der interessanter Weise nicht im Ratsinformationsdienst veröffentlicht wurde, heißt es wörtlich:

„Bei unserer Gänseliesel handelt es sich definitiv um ein junges

Mädchen – im Gegensatz zu den früheren Darstellungen, auf denen das Alter nur schwer zu bestimmen war.“

Ich sage: Schwer zu bestimmen bedeutet alterslos oder unabhängig vom Alter. Wir haben seit der letzten Kommunalwahl den jüngsten Stadtrat der Monheimer Geschichte. Das kann aber doch nicht zur Folge haben, dass alles Bestehende unbedingt auf jung getrimmt werden muss. Wäre die alterslos schwer bestimmbare Gänseliesel nicht genau die Richtige? Diese Grundsatzdiskussion hätte durchaus vor der Beauftragung von zehn Grafik-Agenturen für ein neues Logo geführt werden dürfen.

Zum Auswahlverfahren selbst:

In der veröffentlichten Beschlussvorlage heißt es an anderer Stelle:

„Die Monheimer Gänseliesel sollte als Alleinstellungsmerkmal, Herzensangelegenheit der Bürgerinnen und Bürger, Wappenfigur und Sympathieträgerin der Stadt eine entsprechende Darstellung und Würdigung erfahren.“

Herzensangelegenheit der Bürgerinnen und Bürger! Gut gesagt!

Was hat die Verwaltung daran gehindert, die Bürgerinnen und Bürger an der Entscheidung in dieser Herzensangelegenheit zu beteiligen? Im Rahmen einer Online-Beteiligung beispielsweise hätten wir durchaus ein Meinungsbild gewinnen können.

Ob die Umsetzung des neuen Corporate Designs nun 60.000 € „in einem ersten Schritt“, wie in der Vorlage ausgeführt, kosten soll, oder ob es sich um die Endsumme handelt, wie mündlich nachgeschoben, steht dahin. Ich halte fest: Auch unter finanziell günstigen Bedingungen gilt es, demütig mit dem Geld umzugehen.

**Ausgabendisziplin sollte grundsätzlich gelten.**

Es dürfte eigentlich gar nicht schwer sein, abweichenden Positionen im Rat mit Akzeptanz zu begegnen. Die SPD-Fraktion hat in dieser Sache gewagt zu widersprechen. Warum dieser Widerspruch auf eine solche Empfindlichkeit bei der Stadtspitze gestoßen ist, haben wir nicht verstanden.

Einen aus nicht nur unserer Sicht außerordentlich kritikwürdigen

Umgang mit anderen Gruppen im Rat hat die neue Mehrheit auch in Richtung auf die sachkundigen Bürger im neuen **Ausschuss für Generationen, Kultur, Ordnung und Soziales** bewiesen. Schon bei der Diskussion um die Fortschreibung der Strategischen Ziele wurden sämtliche Fachausschüsse an der Diskussion beteiligt, aber man war nicht bereit, diesen neuen Ausschuss in die Beratungen einzubeziehen – und das, obwohl gerade den Mitgliedern dieses Ausschusses das Recht zur Mitberatung zugekommen wäre. Mit der lockeren Bemerkung „dagegen wird schon keiner was haben“ wurden die Bedenken aus der SPD-Fraktion vom Tisch gewischt. So hatten die 10 sachkundigen Mitglieder des Generationen-Ausschusses erst mehrere Monate später die Möglichkeit, sich mit ihrem ureigenen Thema auseinanderzusetzen. Was finden sie vor? Ein strategisches Ziel, in dem der Begriff des demographischen Wandels gerade einmal unter dem 3. Spiegelstrich vorkommt. Sie von Peto haben doch gemeinsam mit der CDU den Seniorenbeirat abgeschafft und diese neue Konstruktion erzeugt. Und dann wollen Sie gleich zu Beginn der Wahlperiode den Eindruck verfestigen, dass Ihnen leider die Beteiligung der älteren Mitbürger ziemlich unwichtig ist.

Herr Bürgermeister, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen der Peto-Fraktion, in dieser Angelegenheit brauchen Sie auch gar keine sozialdemokratische Verschwörung zu wittern. Die 10 sachkundigen Mitglieder des Generationen-Ausschusses haben denn dann deutlich gezeigt, dass sie allein schon auf Grund ihres Sachverstandes in der Lage sind, selbst ihre Positionen zu vertreten.

War schon der Umgang mit diesem Ausschuss verfehlt, so war es die Behandlung des Themas erst recht.

Wir werden der **Bedeutung des demographischen Wandels** mit seinen vielfältigen und weitreichenden Konsequenzen für die gesellschaftlichen Bedingungen der kommenden 25 Jahre nicht gerecht, wenn wir sämtliche gesellschaftlichen Arbeitsfelder unter der Überschrift „Inklusion“ subsumieren.

Entsprechend mager sieht es denn dann auch im vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans aus. Ja, der Begriff der demographischen Entwicklung findet sich ein einziges Mal im Teilergebnisplan: auf Seite 66 – eine Zeile über der Erwähnung des

nicht mehr existierenden Seniorenbeirats.

Ich werde an anderer Stelle meiner Ausführungen die positive Weiterentwicklung der städtischen Leistungen für Kinder, Jugend und Familie in den schulischen und außerschulischen Bereichen sowie den gesamten Bildungs- und Kulturbereich in hohen Tönen loben.

Aber in Bezug auf die uns unweigerlich bevorstehenden gesellschaftlichen Entwicklungen in Folge der demographischen Veränderungen haben wir in unserer Stadt erheblichen Nachholbedarf.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten stehen voll hinter dem Strategischen Ziel „Monheim – Hauptstadt des Kindes“. Wenn wir aber aus Ihrem Mund, Herr Bürgermeister, jüngst im Generationenausschuss hören mussten:

„Wir sind Hauptstadt des Kindes, nicht der Senioren!“,

dann frage ich: Was ist denn das für eine Alternative?

Für die Monheimer Sozialdemokraten betone ich:  
Wir sind die Partei aller Generationen!

**Und so hat auch Monheim selbstverständlich die Hauptstadt aller Generationen zu sein.**

Den Weg hat die Mehrheit des Generationenausschusses gewiesen. Betrachten Sie die durch die Ausschussmehrheit durchgesetzten und in den Haushalt eingestellten 30.000 € für die Aufstellung eines Demographiekonzepts als Chance, diesem Thema von zentraler Zukunftsbedeutung seine angemessenen Bedeutung zukommen zu lassen. Nehmen Sie die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in diesem Ausschuss ernst, genauso wie die große Zahl der engagierten Ehrenamtlichen, die sich in den verschiedenen Arbeitsgruppen und Einrichtungen engagieren.

**Unterstützen Sie deren Zielsetzungen auch durch hauptamtliche Mitarbeit in der Verwaltung. Von einer zusätzlichen Planstelle mit kompetenter Besetzung haben die Menschen in dieser Stadt**

**gewiss größeren Nutzen als von einem dritten Pressesprecher.**

Ich versprach, die Leistungen für Schulen und Sport, Bildung und Kultur, Kinder, Jugend und Familie zu loben. Das sind die Bezeichnungen der Bereiche 40, 41 und 51. Ich werde die Fortschritte in diesen Bereichen nicht kleinreden oder gar unterschlagen, ganz im Gegenteil, gehören sie doch mit zu den positivsten Elementen des Haushaltsplans.

Schulbaumaßnahmen in Baumberg und Monheim sind geplant oder werden schon durchgeführt, Gleiches gilt für altersgerechte Umgestaltungen von Schulhöfen. Die im vorigen Jahr beschlossene Außensportanlage für die Peter-Ustinov-Gesamtschule wird im kommenden Jahr errichtet.

Wir erwarten im kommenden Jahr die Fertigstellung des Gebäudes der Musik- und Kunstschule am Berliner Ring und starten hoffentlich mit dem Bau der neuen Sportanlage in Baumberg am Waldbeerenberg.

Das städtische Engagement zugunsten der außerschulischen und schulischen Bildungsarbeit steht ohne Zweifel vorbildlich da. Allein schon die Ausweitung der Schulsozialarbeit auf alle Monheimer Schulen sowie die Einstellung eines weiteren Schulpsychologen hätten für Lob gereicht.

**Wir betrachten diese Entscheidungen im weitesten Sinne als notwendige Maßnahmen des vorbeugenden Sozialstaats und sind glücklich, dass die finanzielle Situation unserer Stadt sie ermöglicht.**

In diese Kategorie fällt natürlich ebenfalls die Weiterentwicklung des Mo.Ki-Projekts, das ohne Übertreibung als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden darf. Die Weiterentwicklung als Mo.Ki III an der Peter-Ustinov-Gesamtschule und dann als Mo.Ki IV darüber hinaus wird letztlich eine umfassende gut funktionierende Präventionskette vom Babyalter bis zur Volljährigkeit in ganz Monheim schaffen.

Der dem Gesamtkonzept zugrunde liegende Kerngedanke des möglichst umfassenden vorbeugenden Kinderschutzes entspricht in vollem Umfang unserer sozialdemokratischen Zielvorstellung einer Präventionsrendite, die wir auf diese Weise zu generieren überzeugt

sind.

**Mit dem Ziel „Kein Kind zurücklassen“ sehen wir uns hier in Monheim in voller Übereinstimmung mit den Zielen unserer Landesregierung.**

Erfreulich ist auch die weitere Erhöhung der Mittel für die Schulbetriebskosten auf nunmehr 175.000 €. Es ist zu hoffen, dass sich nunmehr sämtliche Schulleitungen in der Lage sehen, auf das Einkassieren von „Kopiergeld“ oder ähnlicher Zusatzgelder zu verzichten.

**Sämtliche in diesen Zusammenhängen beschlossene Personalausweitungen und Kostensteigerungen trägt die SPD-Fraktion gern mit.**

Gleiches gilt natürlich für die weiterhin bestehende Abschaffung der Elternbeiträge in den Kindertagesstätten und im Offenen Ganztag. Bei dieser Gelegenheit nehmen wir auch gern zur Kenntnis, dass nun auch die Betreuung von 8 bis 13 Uhr kostenfrei sein soll. Vielen Dank, Herr Bürgermeister, dass Sie hier über Ihren Schatten gesprungen sind.

**Die Erweiterung des außerschulischen Bildungs- und Weiterbildungsangebots in Volkshochschule, Musikschule, Kunstschule, Stadtbücherei, Ulla-Hahn-Haus und Sojus, die Angebote von Marke Monheim sowie die Vernetzung zwischen den genannten Teilbereichen und in Einrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten hinein lassen nur Zustimmung zu.**

Als besonders positiv bewerten wir in diesem Zusammenhang die Projekte der kulturellen Bildung unter Berücksichtigung des Aspekts der kulturellen Teilhabe. Es bleibt zu wünschen, dass dieses Angebot auch erfolgreich beworben wird, damit möglichst viele Menschen trotz ihrer prekären wirtschaftlichen Situation kulturelle Bildung genießen.

Die Nennung weiterer von uns im vollen Umfang mitgetragener Maßnahmen der Bereiche 40, 41 und 51 möchte ich Ihnen ersparen. Die entsprechenden Seiten im Haushaltsplan geben weitere Auskunft.



Den erheblichen Anstieg des Zuschussbedarfs in diesen Bereichen tragen wir mit – in der Hoffnung, dass die finanzielle Lage unserer Stadt uns diese Möglichkeit noch lange einräumt.

Dass auch der Zuschuss für Marke Monheim durch den Wegfall der Förderung der Sparkassenstiftung erhöht werden muss, ist leider unvermeidlich und wird akzeptiert.

Ich gehe nun zu den Bereichen Bauwesen und Stadtplanung sowie Betriebshof und Gebäudemanagement über.

Diese Bereiche haben in den vergangenen Jahren erheblich mehr Aufgaben als in den früheren Zeiten übernommen und sind längst an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen. Aus diesem Grunde ist es nur folgerichtig, dass Personaleinstellungen erfolgen sollen.

Der erkennbar erhebliche **Personalmangel im Bereich des Betriebshofs** hingegen soll nicht durch Einstellungen, sondern durch externe Vergaben zur Pflege von Grünflächen und Straßenbegleitgrün in Höhe von nunmehr 361.000 € ausgeglichen werden. Wir haben die Versicherung erhalten, dass insbesondere die räumlichen Bedingungen im jetzigen Betriebshof für die Unterbringung weiterer Mitarbeiter nicht ausreichen und die externen Aufträge keine Lösung von Dauer sein werden.

Diesen Sachverhalt werden wir auf die Beobachtungsliste setzen.

Als besonders begrüßenswert möchte ich die vorgesehenen und eigentlich längst überfälligen **Maßnahmen zur Aktivierung der Monheimer Bürgerwiese** herausstellen. Nach der endgültigen Sicherung des Standortes erfolgt die Ausstattung mit verbesserten Aufenthaltsmöglichkeiten, Spielgeräten und – ich sage: endlich – mit festen Toilettenanlagen.

Auf der Liste der **Investitionen des kommenden Jahres** stehen Straßenbaumaßnahmen wie die Umgestaltung der Hauptstraße im Stadtteil Baumberg, dem gleichberechtigten Gegenstück zur Krischerstraße in Monheim. Damit wird das Ziel verfolgt, beiden Ortskernen ihrer jeweiligen Bedeutung entsprechend die gewünschte Aufenthaltsqualität zu verschaffen. Zugleich erwarten wir dadurch eine beträchtliche Förderung des örtlichen Handels. Erfreulich ebenfalls die vorgesehenen Planungsmaßnahmen für die



Umgestaltungen im Bereich des nördlichen Eingangs von Monheim, der Marienkapelle und der zukünftigen Anlagestelle für die Piwipp und andere Passagierschiffe.

Dass in diesem Zusammenhang und auch für die Verbindung zwischen Monheimer Altstadt und Rheinpark **die Übernahme der Landstraßen L 293 und L 403 in die Baulastträgerschaft der Stadt Monheim** von Vorteil wäre, ist wohl unbestritten. Jedoch ist kritische Prüfung bezüglich der Bewertung des jetzigen Straßenzustands und der Folgekosten angesagt. Die SPD-Fraktion wartet auf die entsprechenden gutachterlichen Aussagen.

Die gleiche kritische Position nimmt die SPD-Fraktion in Sachen **Verbindungsstraße Heide von der Lichtenberger Straße zur Alfred-Nobel-Straße** ein. Dem Fachausschuss ist ein Verkehrsgutachten zugesagt worden, das die Veränderung der Verkehrsströme im Musikantenviertel und im Berliner Viertel für den Fall der Straßenöffnung nach Norden zur Opladener Straße und nach Süden untersucht.

Die große Zahl der wünschenswerten Maßnahmen wird ergänzt durch die Planungen der MEGA für den **Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes** im neuen Geschäftsfeld Multi-Media. MEGA erweitert auf diese Weise ihr Dienstleistungsangebot über die reine Energieversorgung hinaus auf alle Teilbereiche der Telekommunikation. Durch diesen Schritt wird ein entsprechender Ansatz aus den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts wieder aufgegriffen. Uns ist klar, dass allein die positive wirtschaftliche Lage der Stadt diese höchst bedeutsame Investition zugunsten der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes und der Lebensqualität am Wohnort Monheim am Rhein ermöglicht.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die SPD-Fraktion weiterhin der **Schaffung von bezahlbarem Wohnraum**, der auch den Bedingungen des gesellschaftlichen Wandels in der Zukunft entspricht. So wie es gelungen ist, in der beschlossenen Siedlung Waldbeerenberg einen angemessenen Anteil geförderten Wohnens durchzusetzen, streben wir Entsprechendes in zukünftigen neuen Baugebieten an. Im Jahr 2015 ist ein städtebaulicher Ideenwettbewerb für das Hauptschulgelände im Berliner Viertel geplant. Wir legen größten Wert darauf, dass im Fachausschuss zuvor eine Diskussion

und Festlegung der Nutzungsziele erfolgt.

In diesem Zusammenhang sagt die SPD-Fraktion schon jetzt ihre positive Grundhaltung zur Idee der **Errichtung einer städtischen Wohnungsgesellschaft** zu. Auf einem derartigen Gedanken basierte unser Antrag aus dem Jahre 2008, als es um die Übernahme der Wohnung aus dem Bestand der LEG ging. Leider wollte sich die damalige Ratsmehrheit durch ihre Ablehnung nicht einmal gedanklich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Selbstverständlich muss auch noch in aller Kürze eine **Würdigung der finanziellen Situation** unserer Stadt erfolgen. Nach wie vor betrachten wir es als zentrale und richtige Entscheidung der vergangenen Wahlperiode, den rechten Augenblick zur Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes zu nutzen. Allein auf der Schuldenfreiheit und der Rücklage in erheblicher Höhe basieren die von mir gerade erst lobend aufgeführten Beispiele positiver Entscheidungen.

Die eingangs erwähnte Außenwahrnehmung unserer wirtschaftlichen Entwicklung fällt immer noch höchst unterschiedlich aus. Längst allerdings müssten die Kritiker begriffen haben, dass nicht Monheim allein profitiert, sondern sämtliche kreisangehörigen Gemeinden, darüber hinaus sämtliche Kommunen des Landschaftsverbandes Rheinland und weiter unser Bundesland Nordrhein-Westfalen. Die von Monheim geleisteten Umlagen nützen weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus. Monheim erhält keine Schlüsselzuweisungen und schmälert damit auch nicht die Verbundmasse. Wer jetzt noch von „Hebesatz-Kannibalismus“ redet, hat diese Zusammenhänge immer noch nicht verstanden.

**Monheim zeigt selbstverständliche Solidarität in der kommunalen Familie**, beispielsweise kürzlich erst erweitert um die Aufbringung der Komplementärmittel für die Schulsozialarbeit in allen Städten des Kreises, von denen Monheim den Hauptanteil aufbringt.

Was die einmütig vom gesamten Monheimer Rat beschlossene **Klage gegen die sogenannte Solidaritätsumlage** betrifft, werden wir noch einige Zeit auf das Urteil warten müssen. Die Urteile der jeweiligen Obergerichte der verschiedenen Bundesländer, die vergleichbare Umlagen eingeführt haben, sind höchst unterschiedlich ausgefallen. Während beispielsweise der Hessische Staatsgerichtshof im Jahre

2013 gebot, die Abundanzumlage abzuschaffen, wurde die in Brandenburg als Finanzausgleichsumlage bezeichnete Abgabe vom dortigen Verfassungsgericht als weder erdrückend noch unangemessen bezeichnet.

So bin ich denn persönlich gespannt auf das Urteil unseres Verfassungsgerichts. Aber abgesehen von der gerichtlichen Bewertung dürfte feststehen, dass die Stärkungspaktkommunen Hilfen ganz anderer Qualität benötigen als die beschlossenen. Kommunale Umverteilung löst das Problem der fehlenden Bundesbeteiligung in keiner Weise. **Die Kosten unseres Sozialstaates dürfen nicht weiter auf die kommunale Ebene abgewälzt werden.** Wie ein Mühlstein hängen die Sozillasten, die sämtlich auf Bundesgesetze zurückzuführen sind, am Hals der Kommunen. Es hat das Konnexitätsprinzip zu gelten. Da die meisten Bundesgesetze vom Bundesrat mitbeschlossen worden sind, liegt die Verantwortung selbstverständlich auch bei den Ländern. Ich wünsche der Landesregierung Erfolg bei ihren aktuellen und zukünftigen Verhandlungen mit dem Bund, wenn es um das angemessene Austarieren der Aufgabenteilung und der entsprechenden Finanzierungen im Verhältnis Bund – Länder – Kommunen geht.

**Ich komme zum Ausblick und zur abschließenden Frage: Welche konkreten Erwartungen hat die SPD im Hinblick auf das nächste Jahr?**

Wir erwarten mit Priorität im kommenden Jahr eine Lösung für die Gesundheitsversorgung am Standort Alte Schulstraße. Neben Allgemeinmedizinern sollen Fachärzte aus noch nicht am Ort vorhandenen Disziplinen dort in einem **Gesundheitszentrum** ihren Standort finden. Zusätzlich wird immer stärker in der Bevölkerung ein Hospiz erwünscht. Ob die Stadt selbst oder ein Investor die Errichtung übernehmen, sehen wir als nachrangig an.

Wir gehen davon aus, dass die **Pläne für den Umzug des Betriebshofs** an den neuen Standort sowie der **Um- und Erweiterungsbau der Feuerwache** zügig voranschreiten, damit die Arbeits- und Einsatzbedingungen optimal werden.

Wir warten auf das längst überfällige und jetzt für Anfang 2015 zugesagte Ergebnis der Zufriedenheitsstudie bezüglich des

öffentlichen Personennahverkehrs in Monheim, damit wir eine Grundlage für **die notwendige Verbesserung des Buslinienkonzepts haben.**

Mein nächster Gedanken gilt allen **Asylbewerbern**, die im kommenden Jahr in wahrscheinlich größerer Anzahl als bisher nach Monheim kommen werden. Wir erwarten von der Verwaltung und darüber hinaus von allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, dass wir sie gemeinsam unseren Werten entsprechend aufnehmen und ihnen menschenwürdige Aufenthaltsbedingungen schaffen. **Zeigen wir Solidarität mit denen, die unserer Hilfe am meisten bedürfen.**

Wir wünschen uns **allgemeine Bescheidenheit** im Auftreten nach innen und außen. Übermäßige Selbstdarstellung könnte auf Dauer von Nachteil sein. Drei Pressesprecher sind unserer Ansicht nach übertrieben ebenso wie die aus unserer Sicht übertriebenen Personalaufstockungen im Bereich Tourismus und Wirtschaftsförderung. Bei aller Freude über den gegenwärtigen Zustand und die damit verbundenen Möglichkeiten wäre es der größte Fehler, das rechte Maß zu verlieren. Monheims Aufstieg hat allgemeine Beachtung und vielfach weit über unsere Stadt hinaus lobende Anerkennung gefunden. Es wäre fatal, wenn diese überwiegend positive Wahrnehmung ins Negative umschlagen würde.

**Erkennen wir die zentralen Aufgaben der Zukunft.** Sie liegen unserer Ansicht nach in der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben, die sich aus den gesellschaftlichen Veränderungen der nächsten 25 Jahre ergeben.

Auch wünschen wir uns im Hause, also zwischen Rat und Verwaltung, zwischen Verwaltungsspitze und Bediensteten das Maß an Vertrauen und Kooperation, wie es das LPVG mit dem Begriff der **Vertrauensvollen Zusammenarbeit** so treffend formuliert.

Ich komme zu den abschließenden Sätzen.

Es ist mehr als guter Brauch und gewiss keine Floskel, wenn ich an dieser Stelle allen Personen im Hause danke, die mit der Aufstellung dieses Haushaltsplanentwurfs im Laufe des Verfahrens betraut gewesen sind.

Der Haushaltsplan hat sich mit allen seinen Zusatzinformationen zu einem Werk mit erheblichen Dimensionen entwickelt. Der Dank der SPD-Fraktion richtet sich in erster Linie an die Kämmerei, aber auch darüber hinaus an alle Bereiche der Verwaltung, handelt es sich um ein Puzzlespiel aus vielen Elementen, die dann erst zusammengesetzt werden müssen.

Besondere Erschwernis hat in diesem Jahr die gleichzeitige Feststellung mehrerer Jahresabschlüsse mit sich gebracht. Als letzten offenen Jahresabschluss haben wir heute den des Jahres 2012 verabschiedet. Wir sehen diese Mehrfachbelastung und erkennen sie mit großem Respekt an. Bedanken will ich mich ausdrücklich und persönlich für die freundliche Bereitschaft, die im Laufe der Haushaltsplanberatungen entstandenen Rückfragen geduldig zu beantworten. Hier gilt insbesondere Frau Noll mein herzlicher Dank.

**Dieser von der Verwaltung aufgestellte Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2015 hat Schwächen, die ich im Laufe meiner Ausführungen benannt habe.**

**Die Stärken überwiegen bei weitem.**

**Der Haushalt verfolgt in hohem Maße Ziele, für die wir Sozialdemokraten seit 150 Jahren kämpfen.**

**Aus diesem Grunde stimmt die SPD-Fraktion dem Haushaltsplan für das Jahr 2015 zu.**

Werner Goller  
Fraktionsvorsitzender